

Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren

Sahelien

Hintergrundinformationen

18. Wahlperiode

WP18 – 23/05/2017

Sahelien - Hintergrundinformationen

A. EUMISA

Beschluss GASP-2017-5 des Rates der EU vom 17. 02. 2017.....	H 3
Übersicht: Beiträge der beteiligten EU-Staaten	H 7

B. Argumente pro Auslandsengagement

Deutschlands Verantwortung in der Welt	H 8
Plädoyer: Mehr Einsatz in Afrika	H 10
Kommentar: Mehr als eifrige Gutmenschen im Tarnanzug?	H 11
Afrika: Terrorgefahr nimmt zu	H 12
Fluchtursachen: Europa muss die Sicherheitsstrukturen in Afrika stärken	H 13
Entwicklungshilfe: Die Bevölkerung einbeziehen.....	H 14
Wirksame Unterstützung braucht Kontinuität.....	H 15

C. Skeptische Stimmen

Deutsche Militäreinsätze in Afrika als „Sicherheit“ für Europa	H 16
Frankreichs Rolle in Afrika: Ex-Kolonialmacht als Friedensstifter?	H 18
Entwicklungshilfe: Milliarden blockieren die Entwicklung.....	H 19
Stabilität durch Entwicklung und Demokratie	H 20

D. Reportagen und Hintergründe

Sahelien: Sicherheitslage verschlechtert sich	H 22
Informationen der Deutschen Botschaft in Berberien	H 23
Vor Ort in Sahelien	H 24
In Sahelien leiden Mädchen und Frauen am meisten	H 25
Am schlimmsten ist die Korruption	H 26

A. EUMISA

BESCHLUSS GASP-2017-5 DES RATES

vom 17. Februar 2017

über eine Militärmision der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der sahelischen Streitkräfte (EU Mission Sahelia - EUMISA)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 42 Absatz 4 und Artikel 43 Absatz 2,

auf Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 10. Oktober 2016 festgestellt, dass der dramatische Wandel in den westlichen landesteilen Saheliens eine Überprüfung der Maßnahmen erfordert, die die Union mit Blick auf dieses Land ergriffen hat, um die Wiederherstellung einer demokratischen Regierung und der Rechtsstaatlichkeit im gesamten Hoheitsgebiet Saheliens zu unterstützen. Er forderte die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden „Hohe Vertreterin“) und die Kommission auf, angesichts der Situation in Sahelien konkrete Vorschläge für ein Tätigwerden der Union in mehreren Bereichen zu unterbreiten.
- (2) Mit Schreiben vom 15. Oktober 2016 hat der Präsident der Republik Sahelien die Union um verstärkte Unterstützung bei der Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit Saheliens gebeten.
- (3) Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in seiner Resolution 2164 (2016) vom 12. November 2016 zur Lage in Sahelien die internationalen Partner, einschließlich der Union, unter Hinweis auf seine ernste Besorgnis über die Folgen der Instabilität im Westen Saheliens für die Region und darüber hinaus sowie unter Betonung, dass rasche Maßnahmen zur Wahrung der Stabilität in der gesamten Sahel-Region ergriffen werden müssen,

auf gefordert, den sahelischen Streit- und Sicherheitskräften Hilfe, Sachverständ, Ausbildung und Unterstützung beim Kapazitätsaufbau bereitzustellen.

- (4) Der Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom 20. November 2016 dazu aufgefordert, dass vordringlich die Planungsarbeiten im Hinblick auf eine Ausweitung der seit 2013 bestehenden Militärmision im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) fortgesetzt und vertieft werden, indem insbesondere ein Krisenbewältigungskonzept für die Neustrukturierung und Schulung der sahelischen Verteidigungskräfte ausgearbeitet wird, wobei die notwendigen Voraussetzungen für die Wirksamkeit einer etwaigen Mission, einschließlich der vollständigen und uneingeschränkten Unterstützung der sahelischen Regierung und die Festlegung einer Ausstiegsstrategie, zu berücksichtigen sind.
- (5) In seinen Schlussfolgerungen vom 05. Dezember 2016 hat der Rat die Vorlage des Krisenmanagementkonzepts durch die Hohe Vertreterin begrüßt und die zuständigen Gruppen ersucht, dieses Konzept vordringlich zu prüfen, damit der Rat es im Januar 2017 annehmen kann.
- (6) Am 15. Dezember 2016 hat der Rat ein Krisenmanagementkonzept für eine verstärkte militärische GSVP-Ausbildungsmission in Sahelien gebilligt. Der Rat betonte, dass die Mission in Sahelien wesentlicher Bestandteil des im Rahmen der Strategie für Sicherheit und Entwicklung in der Sahelzone ausgearbeiteten umfassenden Konzepts der Union ist.

- (7) Mit Schreiben vom 20. Dezember 2016 hat der Präsident der Republik Sahelien ein Einladungsschreiben an die Hohe Vertreterin gerichtet und darin den Einsatz einer erweiterten militärischen Mission der EU in Sahelien begrüßt.
- (8) Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) sollte unter der Verantwortung des Rates und der Hohen Vertreterin die politische Kontrolle und die strategische Leitung der Militärmision der Union wahrnehmen und die geeigneten Beschlüsse nach Artikel 38 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) fassen.
- (9) Es ist erforderlich, internationale Übereinkünfte über den Status der EU-Einheiten und des EU-Personals und über die Teilnahme von Drittstaaten an Missionen der Union auszuhandeln und zu schließen.
- (10) Nach Artikel 41 Absatz 2 EUV gehen die operativen Ausgaben mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen, die aufgrund dieses Beschlusses entstehen, über einen Mechanismus zur Verwaltung der Finanzierung der gemeinsamen Kosten der Operationen der Europäischen Union mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen (Athena) zu Lasten der Mitgliedstaaten.
- (11) Gemäß Artikel 5 des dem EUV und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) beigefügten Protokolls über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Ausarbeitung und Durchführung von Beschlüssen und Maßnahmen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben. Dänemark beteiligt sich nicht an der Durchführung dieses Beschlusses und beteiligt sich daher nicht an der Finanzierung dieser Mission.

**HAT FOLGENDEN
BESCHLUSS ERLASSEN:**

Artikel 1

Mission

- (1) Die Union führt eine militärische Mission (EUMISA) durch, die bezweckt, die Lage in Sahelien zu stabilisieren, die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen zu gewährleisten und Militär- und Ausbildungsbereitung für die unter der Kontrolle der rechtmäßigen Zivilregierung operierenden sahelischen Streitkräfte bereitzustellen, um einen Beitrag zur Wiederherstellung der militärischen Fähigkeit dieser Streitkräfte zu leisten, damit sie militärische Einsätze zur Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit Saheliens und zur Verringerung der Bedrohung durch terroristische Gruppen durchführen können.
- (2) Ziel der EUMISA ist die Deckung der operativen Erfordernisse der sahelischen Streitkräfte durch Bereitstellung von
- a) Sicherungsleistungen bei akutem Bedarf;
 - a) Unterstützung bei der Ausbildung zum Aufbau von Fähigkeiten der sahelischen Streitkräfte;
 - b) Ausbildung und Beratung im Bereich der Führung, der Logistikkette und der Personalwirtschaft sowie auf den Gebieten humanitäres Völkerrecht, Schutz der Zivilbevölkerung und Menschenrechte.
- (3) Die EUMISA strebt an, die Bedingungen für die Ausübung einer ordnungsgemäßen politischen Kontrolle über die sahelischen Streitkräfte durch die rechtmäßige Zivilregierung zu stärken.
- (4) Die Tätigkeiten der EUMISA werden in enger Abstimmung mit anderen an der Unterstützung der sahelischen Streitkräfte beteiligten Akteuren, insbesondere den Vereinten Nationen (VN) und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (Ecowas), durchgeführt.

Artikel 2

Ernennung des Befehlshabers der EU-Mission

- (1) Der deutsche Brigadegeneral Vinzenz Middelhoff wird zum Befehlshaber der EU-Mission ernannt.
- (2) Der Befehlshaber der EU-Mission nimmt die Aufgaben eines Befehlshabers der EU-Operation und eines Befehlshabers der EU-Einsatzkräfte wahr.

Artikel 3

Bestimmung des Hauptquartiers der Mission

- (1) Das Hauptquartier der EUMISA befindet sich in Garango, 30 km westlich der Hauptstadt Bouroum. Es nimmt die Aufgaben sowohl eines operativen Hauptquartiers als auch eines operativ-taktischen Hauptquartiers wahr.
- (2) Das Hauptquartier der Mission verfügt über eine Unterstützungszele in Brüssel.

Artikel 4

Planung und Einleitung der EUMISA

Der Beschluss über die Einleitung der EU-MISA wird vom Rat gefasst, nachdem der Missionsplan und die Einsatzregeln gebilligt wurden.

Artikel 5

Politische Kontrolle und strategische Leitung

- (1) Unter der Verantwortung des Rates und der Hohen Vertreterin nimmt das PSK die politische Kontrolle und strategische Leitung der EUMISA wahr. Der Rat ermächtigt das PSK, die geeigneten Beschlüsse nach Artikel 38 EUV zu fassen. Diese Ermächtigung umfasst die Befugnis zur Änderung der Planungsdokumente, einschließlich des Missionsplans, und der Befehlskette. Sie umfasst auch die Befugnis, Beschlüsse zur Ernennung der auf-einanderfolgenden Befehlshaber der EU-Mission zu fassen. Die Entscheidungsbefugnis in Bezug auf die Ziele und die Beendigung der EUMISA verbleibt beim Rat.
- (2) Das PSK erstattet dem Rat regelmäßig Bericht.

- (3) Das PSK erhält regelmäßig vom Vorsitzenden des Militärausschusses der EU (EUMC) Berichte über die Durchführung der EUMISA. Das PSK kann den Befehlshaber der EU-Mission gegebenenfalls zu seinen Sitzungen einladen.

Artikel 6

Militärische Leitung

- (1) Der EUMC überwacht die ordnungsgemäße Durchführung der EUMISA unter Verantwortung des Befehlshabers der EU-Mission.
- (2) Der EUMC erhält regelmäßig vom Befehlshaber der EU-Mission Berichte. Er kann den Befehlshaber der EU-Mission gegebenenfalls zu seinen Sitzungen einladen.
- (3) Der Vorsitzende des EUMC ist erster Ansprechpartner für den Befehlshaber der EU-Mission.

Artikel 7

Kohärenz der Reaktion der Union und Koordinierung

- (1) Die Hohe Vertreterin sorgt für die Durchführung dieses Beschlusses sowie für seine Kohärenz mit dem außenpolitischen Handeln der Union insgesamt, einschließlich der Entwicklungsprogramme der Union.
- (2) Unbeschadet der Befehlskette erhält der Befehlshaber der EU-Mission politische Handlungsempfehlungen vom Leiter der Delegation der Union in Bouroum, in enger Abstimmung mit dem EU-Koordinator für die Sahelzone.
- (3) Die EUMISA stimmt sich mit der GSVP-Mission der Union in Niger (EUCAP SAHEL Niger) zwecks Prüfung möglicher Synergien ab.
- (4) Die EUMISA stimmt ihre Tätigkeiten mit den bilateralen Tätigkeiten der Mitgliedstaaten in Sahelien sowie mit anderen internationalen Akteuren in der Region, insbesondere den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union (AU), der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten Ecowas und bilateralen Akteuren, einschließlich der Vereinigten Staaten und Kanada, und mit anderen wichtigen regionalen Akteuren ab.

Artikel 8

Status des EU-geführten Personals

Der Status der EU-geführten Einheiten und ihres Personals, einschließlich der Vorrechte, Immunitäten und weiterer für die Durchführung und das reibungslose Funktionieren ihrer Mission erforderlicher Garantien, wird in einer Übereinkunft geregelt, die gemäß Artikel 37 EUV und im Verfahren nach Artikel 218 AEUV zu schließen ist.

Artikel 9

Finanzierung

- (1) Die gemeinsamen Kosten der EUMISA werden gemäß dem Beschluss GASP-2011-871 gemeinsam verwaltet.
- (2) Der als finanzieller Bezugsrahmen für die gemeinsamen Kosten der EUMISA dienende Betrag beläuft sich auf 390,075 Mio. EUR.

Artikel 10

Weitergabe von Informationen

- (1) Die Hohe Vertreterin ist befugt, als EU-Verschlusssachen bis zum Geheimhaltungsgrad „RESTRICTED“ eingestufte Informationen, die für die Zwecke der EUMISA generiert werden, unter Einhaltung des Beschlusses 2011/292/EU entsprechend den operativen Erfordernissen der EUMISA an die VN und die Ecowas weiterzugeben. Zu diesem Zweck werden Vereinbarungen zwischen der Hohen Vertreterin und den zuständigen Stellen der VN und der Ecowas getroffen.

(2) Im Falle eines speziellen und unmittelbaren operativen Erfordernisses ist die Hohe Vertreterin ferner befugt, als EU-Verschlusssachen bis zum Geheimhaltungsgrad „RESTRICTED UE / EU RESTRICTED“ eingestufte Informationen, die für die Zwecke der EUMISA generiert werden, unter Einhaltung des Beschlusses 2011/292/EU an den Gaststaat weiterzugeben. Zu diesem Zweck werden Vereinbarungen zwischen der Hohen Vertreterin und den zuständigen Behörden des Gaststaats getroffen.

- (3) Die Hohe Vertreterin kann die in den Absätzen 1 und 2 genannten Befugnisse wie auch die Befugnis, die genannten Vereinbarungen zu schließen, an Personal des Europäischen Auswärtigen Dienstes und/oder den Befehlshaber der EU-Mission delegieren.

Artikel 11

Inkrafttreten und Beendigung

- (1) Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.
- (2) Dieser Beschluss wird spätestens ab dem Zeitpunkt der Schließung des Hauptquartiers der Mission aufgehoben.

Geschehen zu Brüssel am 17. Februar 2017.

*Im Namen des Rates
Die Präsidentin
Federica Mogherini*

Übersicht: Beiträge der beteiligten EU-Staaten

	Zahl der Einsatzkräfte	Kostenübernahme (€)
Belgien	50	10.275.000
Deutschland	630	135.750.000
Frankreich	100	20.550.000
Großbritannien	300	70.650.000
Italien	200	50.100.000
Niederlande	150	30.825.000
Österreich	50	10.275.000
Polen	150	30.825.000
Schweden	50	10.275.000
Spanien	100	20.550.000
SUMME	1780	390.075.000

B. Argumente pro Auslandsengagement

Deutschlands Verantwortung in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen

Rede des Bundespräsidenten vor der Münchener Sicherheitskonferenz 2014

(...) Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen. Das auszusprechen, ist keine Schönfärberei. (...) Aber gerade weil dies gute Zeiten sind für Deutschland, müssen wir überlegen, was heute zu verändern wäre, damit bleibt, was uns wesentlich ist. Manche in Deutschland fragen, was es da eigentlich zu überlegen gebe. Unser Land sei von Freunden umgeben, und weit und breit schicke sich kein Staat an, sich mit uns zu verfeinden. Sie glauben, die deutsche Außenpolitik habe ihre bekömmliche Rezeptur längst gefunden. Da gebe es wenig zu justieren, schon gar nichts zu ändern. Warum etwas reparieren, das nicht kaputt ist?

Ohne Zweifel stimmt an diesem Argument, dass die deutsche Außenpolitik solide verwurzelt ist. Ihre wichtigste Errungenschaft ist, dass Deutschland mit Hilfe seiner Partner auf eine Vergangenheit aus Krieg und Dominanz eine Gegenwart, geprägt von Frieden und Kooperation, gebaut hat. (...)

Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung - einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. (...)

Unvermutet schnell geraten wir hinein in eine Welt, in der sich einzelne so viel Vernichtungskraft kaufen können wie früher nur Staaten. Eine Welt, in der ökonomische und politische Macht wandert und ganze Regionen aufrüsten. Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Just in diesem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. Im Zuge dieser Entwicklungen zu glauben, man könne in Deutschland einfach weitermachen wie bisher - das überzeugt mich nicht.

Wie der Wandel allmählich an bundesdeutschen Gewissheiten nagt, ist seit einiger Zeit nicht mehr zu übersehen. An der europäischen Idee halten wir fest. Aber Europas Krise verunsichert uns. Auch an der Nato halten wir fest. Aber über

die Ausrichtung der Allianz debattieren wir seit Jahren, und ihrer finanziellen Auszehrung werfen wir uns nicht entgegen. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten stellen wir nicht in Frage. Aber Stresssymptome und Zukunftsungewissheit beobachten wir durchaus.

Die regelbasierte Welt der Vereinten Nationen halten wir in hohen Ehren. Aber die Krise des Multilateralismus können wir nicht ignorieren. Die neuen Weltmächte sähen wir gern als Teilhaber der Weltordnung. Aber einige suchen ihren Platz nicht in der Mitte des Systems, sondern eher am Rande. Wir fühlen uns von Freunden umgeben, wissen aber kaum, wie wir umgehen sollen mit diffusen Sicherheitsrisiken wie der Privatisierung von Macht durch Terroristen und Cyberkriminelle. Wir beschweren uns, zu Recht, wenn Verbündete bei der elektronischen Gefahrenabwehr über das Ziel hinausschießen. Und doch ziehen wir es vor, auf sie angewiesen zu bleiben, und zögern, die eigenen Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr zu verbessern. (...)

Manche im Inland wie im Ausland haben eine schnelle und grobschlächtige Antwort parat: Sie sehen Deutschland schlicht als Drückeberger der Weltgemeinschaft. Bei schwierigen Fragen duckt sich Deutschland allzu oft weg. Dieser Kritik sind zunächst Fakten und ein wenig historische Perspektive entgegenzuhalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte zunächst niemand, nicht im Ausland und nicht im Inland, Interesse an einer starken internationalen Rolle Deutschlands. Es gab zudem zwei deutsche Staaten, beide in unterschiedlichem Maße teilsouverän. Seit der Wiedervereinigung hat sich Deutschland auf den Weg gemacht. Schritt um Schritt wird die Bundesrepublik von einem Nutznießer zu einem Garanten internationaler Sicherheit und Ordnung. (...)

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte - gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit - entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen zu erhalten und zu formen. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit,

die ihr über Jahrzehnte von anderen gewährt wurde.

Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der "internationalen Verantwortung" ein Codewort. Er verschleiere, worum es in Wahrheit gehe. Deutschland solle mehr zahlen, glauben die einen. Deutschland solle mehr schießen, glauben die anderen. Und die einen wie die anderen sind überzeugt, dass "mehr Verantwortung" vor allem mehr Ärger bedeute. Es wird Sie nicht überraschen: Ich sehe das anders.

Politiker müssen immer verantworten können, was sie tun. Sie müssen aber auch die Folgen dessen tragen, was sie unterlassen. Auch wer nicht handelt, übernimmt Verantwortung. Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit - wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit profitiert Deutschland besonders von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System. Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein - manchmal sogar gravierender. (...)

Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. Eines haben wir gerade in Afghanistan gelernt: Der Einsatz der Bundeswehr war notwendig, konnte aber nur ein Element der Gesamtstrategie sein. Deutschland wird nie rein militärische Lösungen unterstützen, wird politisch besonnen vorgehen und alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen. Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird - der Einsatz der Bundeswehr -, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip "nein" noch reflexhaft "ja" sagen. Ich muss wohl sehen, dass es bei uns - neben aufrichtigen Pazifisten - jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken. (...)

So kann aus Zurückhaltung so etwas wie Selbstprivilegierung entstehen, und wenn das so ist, werde ich es immer kritisieren. Denn für mich ist ganz klar: Wir brauchen das Nato-Bündnis. Und gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich

sein. Zudem sollte es heute für Deutschland und seine Verbündeten selbstverständlich sein, Hilfe anderen nicht einfach zu versagen, wenn Menschenrechtsverletzungen in Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit münden. (...)

Wird Deutschland also "mehr Ärger bekommen", wenn es sich einmischt? Es gibt ja durchaus manche, die meinen, deutsche Initiativkraft erzeuge notwendigerweise Friktionen mit Freunden und Nachbarn. Ich glaube: Hier liegt ein Missverständnis vor. "Mehr Verantwortung" bedeutet nicht: "mehr Kraftmeierei"! Und auch nicht: "mehr Alleingänge"! Ganz im Gegenteil: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Gestaltungskraft hinzu. Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut. In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame europäische Verteidigung wachsen. (...)

Es ist kein gutes Zeichen, wenn jüngere Mitglieder des Bundestages das Gefühl haben, die Beschäftigung mit Außen- und Sicherheitspolitik sei nicht karrierefördernd. Übrigens hat der Deutsche Bundestag seit 1994 ungefähr 240 Mal über Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr beraten, und zwar in einer Weise, die Respekt gebietet. Allerdings hat das Parlament im selben Zeitraum weniger als zehn Mal grundsätzlich über deutsche Außen- und Sicherheitspolitik diskutiert. Dabei brauchen wir solche Debatten - im Bundestag und überall: in Kirchen und Gewerkschaften, bei der Bundeswehr, in den Parteien und Verbänden. (...)

Als Deutsche einst ihr Land "über alles" stellten, entwickelte sich ein Nationalismus, der von forciertem Selbstbewusstsein über Selbstblenden bis zur Hybris alle Stadien eines unaufgeklärten Nationalbewusstseins durchlief. Unser heutiges "ja" zur eigenen Nation gründet in dem, was dieses Land glaubwürdig und vertrauenswürdig macht - einschließlich des Bekenntnisses zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen und nordatlantischen Freunden. Nicht weil wir die deutsche Nation sind, dürfen wir vertrauen, sondern weil wir diese deutsche Nation sind.

Pläoyer: Mehr Einsatz in Afrika

Die aktuelle Kolumne, 02/2014, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Julia Leininger

Ist deutsche Außenpolitik keine Friedenspolitik mehr? Die Verteidigungsministerin besucht die Truppen in Mali, der Außenminister will mehr militärisches Engagement in Afrika und Bundespräsident Gauck mahnt mehr Verantwortung für den Nachbarkontinent an. Freilich, mehr Einsatz in Afrika ist wichtig. Auch militärisches Engagement in Afrika ist richtig. Aber nur dann, wenn es der Verhinderung von Kriegsverbrechen oder dem Friedenserhalt dient. Es wäre falsch, das Militärische an vorderste Stelle zu setzen. Mehr Verantwortung für Afrika verlangt zuvörderst nach abgestimmtem zivilem Engagement.

Militärischer Einsatz als letztes Mittel – auch und gerade in Afrika

Die Beteiligung an militärischen Interventionen ist gerade in afrikanischen Kontexten vorsichtig abzuwagen. Das gilt auch für offenbar ungefährliche Einsätze wie die Ausbildung malischer Soldaten durch die Bundeswehr. Solch eine Ausbildung trägt nur zu Stabilität und Frieden bei, wenn sie mit politischen und sozialen Prozessen verzahnt wird. Sonst droht eine Bekämpfung der Symptome ohne die Behebung struktureller Konfliktursachen. [...]

Für Freiheit und Demokratie

Elend und Krieg: Das vorherrschende Bild von Afrika drängt den militärischen Einsatz als außenpolitisches Mittel fast auf. Das Problem: Die monotone Geschichte von Gewalt und Hunger ist nicht einmal die halbe Wahrheit unseres Nachbarkontinents. Auch in afrikanischen Gesellschaften nehmen gewaltsame Konflikte ab. In Ländern wie Ghana oder Südafrika wächst eine Mittelschicht heran. Zunehmend treiben arbeitsplatzintensive Industrien wie in Äthiopien das wirtschaftliche Wachstum an. Solche friedlichen Staaten haben eine zentrale Bedeutung für Sicherheit und Entwicklung in Afrika.

Sie bilden Stabilitätsanker, die inklusives Wirtschaftswachstum und soziale Entwick-

lung ermöglichen. Hier kann Deutschland – nicht zuletzt die deutsche Privatwirtschaft – einen relevanten Beitrag zu Frieden und Entwicklung leisten. Durch eine sensible und faire Öffnung von Märkten können die Menschen in Europa und Afrika profitieren. Die positive Bilanz eines Teils afrikanischer Staaten darf jedoch nicht über anhaltende Probleme und prekäre Lebensbedingungen hinwegtäuschen. Wenn Deutschland mehr Verantwortung bei der Lösung afrikanischer Probleme übernehmen will, muss es sich stärker als bislang für Demokratie und Menschenrechte einsetzen.

Ansätze für eine verantwortliche Afrikapolitik

Vier Aspekte sind für eine erfolgreiche deutsche Außenpolitik in Afrika besonders relevant. Erstens muss sie der Komplexität afrikanischer Krisen Rechnung tragen. Wenn politische auf soziale Probleme treffen und sich zu gewaltsamen Konflikten entwickeln, bedarf es eines integralen Ansatzes. Der erfordert die pro-aktive Zusammenarbeit verschiedener Ministerien wie Äußeres, Entwicklung, Verteidigung, Bildung und Landwirtschaft. Zweitens darf die außenpolitische Neuorientierung die Maxime „afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ nicht aus dem Blick verlieren. So muss Deutschland zu seinen Zügen stehen und die afrikanische Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union weiter unterstützen. Drittens kann Deutschland seinen Einfluss aufgrund der wirtschaftlichen Stärke auf europäischer Ebene und der Weltbühne nutzen, um andere Staaten von einer zukunftsorientierten Afrikapolitik zu überzeugen. Viertens heißt mehr Verantwortung bei der Lösung afrikanischer Probleme auch mehr werteorientierte Politik. Der Schutz von Menschenrechten und die Förderung von Demokratie retten langfristig mehr Leben als militärische Einsätze.

Quelle: <http://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/mehr-einsatz-in-africa/> (abgerufen am 22. Mai 2017)

Kommentar: Mehr als eifige Gutmenschen im Tarnanzug?

Berliner Post, 20. Mai 2017, Catharina Müller

In Diskussionen um Militäreinsätze gilt es immer, verschiedene Interessen abzuwägen – es spielen dabei neben humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen auch nationale und geostrategische Interessen eine Rolle. In Westafrika – und speziell im Westen der Republik Sahelien – geht es darum, die Vorherrschaft von Dschihadisten einzudämmen und die unter genau dieser Herrschaft leidende Zivilbevölkerung zu schützen. Die Vermeidung der Verbreitung und Verfestigung eines Terrornetzwerks von Afghanistan bis Westafrika liegt sicherlich auch im Interesse der Bundesrepublik.

Nicht überall ist es sinnvoll und zielführend – im Sinne von befriedend – eine Intervention durch ausländische Einsatzkräfte durchzuführen. Doch eine gemeinsame Mission einer breit aufgestellten Staatengemeinschaft mit robustem Mandat könnte in der Lage sein, „das Schlimmste“ zu verhindern und eine ernsthafte Drohkulisse aufzubauen, mit der die internationale Gemeinschaft zeigen könnte, dass sie nicht bereit ist wegzuschauen, wo Staaten in die Anarchie gestürzt werden.

Die Bundesregierung redet ständig von Verantwortung – und drückt sich wo sie kann. Gerne verlässt sie sich auf den französischen Nachbarn. Frankreich ist seit mehr als einem Jahr in Sahelien im Einsatz und hat gemeinsam mit sahelischen Truppen die Kontrolle über die westlichen Landesteile zurückerobert.

Vor Jahren hat die Bundesregierung im Rahmen einer EU-Mission (EUMISA) Unterstützung für das Training der sahelischen Streitkräfte bereitgestellt. Die EU-Partner durften erfahren, was von den Deutschen (nicht) zu erwarten ist. Sie haben der Bundeswehr ihrem Selbstbild als „Gutmenschen im Tarnanzug“ damals entsprechend ein Mission aufgetragen, bei der diese gemeinsam mit europäischen Freunden in einer sicheren Kaserne nahe der Hauptstadt so eine

Art Militär-Erasmus-Programm durchführen darf einschließlich Völkerverständigung und Menschenrechtsunterricht. Während die Franzosen draußen im Land die lebensgefährliche Arbeit machen.

Dabei kommt Deutschland in Sahelien eine besondere in historischen Umständen begründete Verantwortung zu. Die sahelische Regierung hat hohe Erwartungen und pflegt eine besondere Sympathie gegenüber der Bundesrepublik, da diese als erstes westlich geprägtes Land Saheliens Unabhängigkeit 1960 anerkannte.

Seit Jahren werden Argumente angeführt, die Bundeswehr sei technologisch nicht auf der Höhe der Armeen der USA, Großbritanniens, Frankreichs oder der Niederlande, verfüge nicht über genügend schwere Waffen und vor allem nicht über genügend Soldaten. Wie soll dann aber die von der Bundesregierung seit Anfang 2014 fortlaufend gepredigte Übernahme von mehr Verantwortung Deutschlands in Konfliktsituationen umgesetzt werden, wenn die Armee dazu nicht in der Lage und die Politik nicht willens ist? Eine Einsatzarmee, die nicht zu einem richtigen Einsatz bereit ist, ist sinnlos und könnte eigentlich abgeschafft werden.

Nun soll der Einsatz in Sahelien verstärkt und robuster ausgestaltet werden. Dieses Mal sollte Deutschland seiner Verantwortung als reiche europäische Mittelmacht gerecht werden. Schließlich wissen wir inzwischen sehr gut, wie gering die Distanzen zu den Krisenregionen im Umfeld Europas sind, wenn sich Menschen aus hoffnungsloser Situation erst einmal auf den Weg machen.

Wer als Partner auch im Krisenfall ernstgenommen werden will, sich aber militärisch aus der Verantwortung zieht wo er kann, hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Bitte nur so viel Eifer, liebe Abgeordnete, wie Sie auch liefern können.

Afrika: Terrorgefahr nimmt zu

Berliner Post, 20.04.2017, Melanie Sommer

Während Europa seine Aufmerksamkeit und Sorge lange Zeit auf die Ausweitung des IS in Syrien und im Irak beschränkte, hat auch der islamistische Terrorismus in Afrika dramatisch zugenommen. Eine sinnvolle Strategie zur Eindämmung desselben existiert derzeit nicht.

Fast täglich erreichen uns inzwischen Nachrichten von Anschlägen in afrikanischen Ländern - ausgeübt von islamistischen Terrornetzwerken. Am bekanntesten sind die Meldungen zum Terror der Al-Shabaab Milizen in Somalia und Boko Haram in Nigeria. Schätzungen gehen davon aus, dass seit 2009 über 17.000 Menschen durch den Terror von Boko Haram getötet, rund 2,5 Millionen sind auf der Flucht.

Besonders besorgt nehmen Experten auch die Situation in Libyen wahr: Nach dem Sturz von Machthaber Muammar al-Gadaffi im Jahr 2011 entstand hier ein Machtvakuum. Der IS und andere islamistische Gruppen konnten die Instabilität, das Chaos und den Mangel an staatlichen Strukturen für sich nutzen. Libyen gilt inzwischen als wichtigster Ableger des IS auf dem afrikanischen Kontinent. Die Dschihadisten bedrohen auch zunehmend Libyen Nachbstaaten. An der libysch-tunesischen Grenze gehäuft zu kämpfen. Im Jahr 2015 gab es mehrere schwere Anschläge in Tunesien, zu denen sich der IS bekannte. Viele vor allem junge Tunesier wenden sich dem IS zu.

Beunruhigend ist auch die Situation in Sahelien: 2012/2013 konnte die sahelische Armee mit Unterstützung französischer Truppen die islamistischen Rebellen im Westen des Landes zurückdrängen und die Kontrolle über das gesamte Hoheitsgebiet zurückgewinnen. Zuletzt hat sich die Sicherheitslage dort aber wieder verschlechtert. Zwar konnten die französischen Truppen die zuvor sehr präsente Terrorgruppe aus Nordafrika zurückdrängen. Der islamistische Terror in Sahelien konnte damit jedoch nicht eingedämmt werden, da sich andere Gruppierungen ausgebreitet haben, wie die "Front de

libération de Sahélie". Deren Vorgehensweise bei brutalen Überfällen kleinerer Ortschaften ähnelt der von Boko Haram in Nigeria. Die Gefahr islamistischer Terroranschläge ist inzwischen auch im bisher als verhältnismäßig sicher geltenden südlichen Teil des Landes gestiegen. In der Hauptstadt Bouroum gab es im vergangenen Jahr blutige Anschläge auf Restaurants und Hotels.

Auch in den Nachbarstaaten Saheliens übte die "Front de libération de Sahélie" bereits Anschläge aus, u.a. mit dem Ziel, die französischen Soldaten im Westen Saheliens einzuschüchtern.

Die Bedrohung, die die Ausbreitung der Dschihadisten in Afrika für Europa bedeutet, ist offensichtlich. Trotzdem fehlt den Europäern bis heute ein klares Konzept zum Umgang mit den verschiedenen Terrorgruppen. Viele Gruppierungen werden falsch eingeschätzt, insbesondere kleinere Gruppen teils ganz ignoriert. Dabei ist die europäische Unterstützung entscheidend, um die Ausweitung islamistischen Terrors in Afrika zu verhindern. Denn die afrikanischen Armeen und Sicherheitskräfte sind größtenteils unterfinanziert und schlecht ausgebildet. Tunesien bat im vergangenen Jahr eindringlich um Hilfe. Die EU sollte hier massiv Unterstützung leisten, um die positiven demokratischen Fortschritte in dem Land nicht zu gefährden. Frankreich sollte vorsichtig sein, dass es seine militärischen Kapazitäten nicht allein auf den IS im Mittleren Osten beschränkt - und dabei die Sicherheit in Sahelien vernachlässigt.

Insgesamt müssen die Europäer sich mehr mit den vielfältigen Herausforderungen in den afrikanischen Ländern auseinandersetzen. Denn die Situationen und Terrorgruppen sind oft nicht vergleichbar. Statt Afrika als einen großen Krisenkontinent zu betrachten, sollten die europäischen Politiker sich stärker darauf konzentrieren, die spezifischen Probleme in den einzelnen Ländern zu betrachten und lokale Lösungen anzugehen.

Fluchtursachen: Europa muss die Sicherheitsstrukturen in Afrika stärken

Süddeutsches Nachrichtenblatt, 22.5.2017, Carl Meier

Seit inzwischen fast zwei Jahren strauchelt die EU in der Flüchtlingskrise, zerrissen zwischen dem Anspruch, ihre Grundwerte zu achten und der Angst vor Überfremdung und sozialen Spannungen. Einigungen zwischen den Mitgliedstaaten sind nur schwer zu finden. Neben den vielen Flüchtlingen aus dem Nahen Osten wird fast vergessen, dass auch in Afrika Hunderttausende auf der Flucht sind.

Als großer Erfolg wurde das mühsam mit der Türkei erreichte Abkommen gefeiert, nach dem die Flüchtlinge nun einfach von Griechenland in die Türkei zurückgeschickt werden können. Dabei ist es irrwitzig zu glauben, die Flüchtlingsbewegungen könnten durch mehr Abschottung und Überwachung verhindert werden. Die Schlepperbanden finden immer neue Fluchtrouten. Seit der Weg von der Türkei nach Griechenland versperrt scheint, steigt die Anzahl der Flüchtlinge, die von Libyen nach Italien übersetzen.

Die Forderung, Fluchtursachen an der Wurzel zu bekämpfen, ist alt. Leider wird sie oft vorgebracht, ohne über mögliche Maßnahmen nachzudenken, die dazu beitragen könnten. Zu schnell wird vor der Komplexität dieser Aufgabe kapituliert und stattdessen auf kurzfristige Maßnahmen der Abschottung gesetzt. Es stimmt, Fluchtursachen sind komplex und vielfältig und können nicht leicht bekämpft werden.

Dennoch möchte man den europäischen Politikern manchmal raten, angesichts der Flüchtlingszahlen nicht in Panik zu geraten, sondern pragmatisch zu schauen, welche Strategien den Ländern vor Ort tatsächlich helfen können. Dabei hilft insbesondere ein Blick auf den afrikanischen Kontinent. Von dort werden zunehmend Flüchtlinge kommen.

Viele fliehen vor Armut und Perspektivenlosigkeit. Im Bereich nachhaltige Entwicklung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit kann zweifelsohne noch mehr getan werden. Zum Glück gibt es bereits zahlreiche hochprofessionelle und fachkundige Entwicklungsorganisationen, die vielversprechende Ansätze verfolgen und mit

der lokalen Bevölkerung zusammenarbeiten. Eine wichtige Frage darf dabei aber nicht außer Acht gelassen werden: Wie soll wirtschaftliche Entwicklung funktionieren, wenn die grundlegende Sicherheit fehlt. Als Beispiel kann man sich Sahelien anschauen, wo der Wiederaufbau schleppend verläuft, da es immer wieder zu Anschlägen kommt. Die in den Süden des Landes oder die Nachbarstaaten geflohene Landbevölkerung zögert bis heute, in ihre Dörfer zurückzukehren.

Hier zeigt sich: Nicht alle Migranten aus Afrika sind allein sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge. Viele fliehen auch vor Gewalt und der ständigen Angst vor Kriminalität und der zunehmenden Gefahr durch islamistischen Terrorismus. Perspektivenlosigkeit wird durch den Mangel grundlegender Sicherheitsstrukturen verstärkt. Statt, wie immer wieder im Fall von Marokko, Tunesien und Algerien diskutiert, Länder pauschal als sichere Herkunftsstaaten zu deklarieren, sollten wirklich die Sicherheitsstrukturen in den Ländern gestärkt werden. Dies gilt neben Nord- insbesondere für Westafrika, von wo aus Tausende Migranten jährlich die Fluchtroute über Niger, die Sahara, Libyen und das Mittelmeer antreten - sofern sie es soweit schaffen. Unbekannt die Zahlen derer, die auf dem Weg in der Sahara verdursten oder in Libyen gefangen genommen werden.

Ein gutes Beispiel für die Unterstützung der Sicherheitskräfte ist die Ausbildung sahelischer Soldaten im Rahmen der europäischen Mission EUMISA. Eine Ausweitung der deutschen Beteiligung an diesem Einsatz ist wichtig, um die erneut zunehmende Ausbreitung von islamistischen Terrorgruppen und Drogenkriminalität zu unterbinden. In diesem Zusammenhang ist auch eine robuste Ausgestaltung des Mandats sinnvoll, damit europäische Truppen sich selbst aber auch öffentliche Infrastruktur wirksam schützen können. Hier kann die EU, und die deutsche Bundeswehr, einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung leisten.

Entwicklungshilfe: Die Bevölkerung einbeziehen

greenpeace magazin 1.12

Paul Bendix, Geschäftsführer von Oxfam Deutschland

Die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe wird heiß diskutiert. Manche Kritik gipfelt darin, dass sie ganz abgeschafft gehöre, da sie eine wichtige Ursache für die Armut darstelle. Eine Versachlichung dieser Debatte ist dringend geboten. Es stimmt, dass in zu vielen Regionen der Welt weiterhin entsetzliche Armut herrscht. Es ist aber reichlich zynisch, dies der bisherigen Entwicklungshilfe zuzuschreiben. Bei einer fairen Beurteilung der Wirksamkeit müssen zumindest der historische Kontext, die politischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Lernprozesse in der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden.

Zunächst wird weithin verdrängt, welch verheerende Rolle Versklavung und Kolonialismus auf die sozialen und wirtschaftlichen Systeme in den betroffenen Ländern hatten. Viele gewaltsame Eingriffe wirken bis heute nach, etwa zerstörte Sozialsysteme und willkürliche Grenzziehungen. Zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes wurde Entwicklungshilfe viel zu oft eher nach geostrategischen Interessen der Blöcke vergeben denn zur Armutsbekämpfung.

In den 80er- und 90er-Jahren wurden arme Länder, vor allem durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank, gezwungen, ihre öffentlichen Ausgaben zurückzufahren – mit teils verheerenden Folgen: Gesundheitssysteme brachen zusammen, in vielen Ländern stieg die Mütter- und Kindersterblichkeit stark an. Zugleich verweigern die Industrienationen armen Ländern noch immer den Zugang zu ihren Märkten, überschwemmen aber gleichzeitig deren Märkte mit Waren aus reichen Ländern. Damit die Entwicklungszusammenarbeit eine größere Wirkung entfalten kann, muss die internationale Politik deshalb entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen schaffen. Die Entwicklungszusammenarbeit selbst hat sich in den vergangenen 50 Jahren stark verändert. Die Partner sind sich weitgehend einig, dass sie nicht mehr aus einer Vielzahl oftmals unverbundener Einzelprojekte bestehen sollte.

Vielmehr gilt es, von mehreren Gebern gemeinsam finanzierte Programme zu entwerfen, die den systematischen Aufbau von Systemen zum Beispiel in den Bereichen Gesundheitsfürsorge und Bildung vorantreiben.

Auch der Dialog zwischen Gebern und Nehmern über Fragen der Regierungsführung, wie etwa einer verbesserten Steuererhebung und der Korruptionsbekämpfung, wurde in den vergangenen Jahren intensiviert. Mit Hilfe der Geber wird in vielen Ländern die Korruptionsverfolgung gestärkt, zum Beispiel durch Beratung beim Aufbau nationaler Rechnungshöfe in Malawi und Sambia. Das heißt nicht, dass Korruption von einem Tag auf den anderen verschwindet, aber die Grundlage für eine effektive Bekämpfung wird geschaffen.

Außerdem muss die Zivilgesellschaft in armen Ländern viel stärker unterstützt werden, damit sie das Handeln ihrer Regierungen und die Verwendung der Mittel auf nationaler und lokaler Ebene besser kontrollieren kann. Für diese Förderung sind die Nichtregierungsorganisationen in reichen Ländern besonders qualifiziert.

Viel zu oft wurden entwicklungspolitische Vorhaben nach den Vorstellungen der Geber oder der lokalen Regierungen konzipiert. Eine zunehmend wichtige Bedingung für wirksame Armutsbekämpfung ist die systematische Einbeziehung der Bevölkerung in Planung, Durchführung und Auswertung der Maßnahmen.

Ein Ausstieg aus der Entwicklungshilfe wäre fatal, da der Staatshaushalt vieler Länder bis zu 40 Prozent von der Geberfinanzierung abhängt. Lebensnotwendige staatliche Dienstleistungen könnten nicht mehr finanziert werden, arme Länder würden in ihrer Entwicklung weit zurückgeworfen. Gefragt ist daher eine Entwicklungshilfe mit Augenmaß, die sich an den nationalen Armutsbekämpfungsstrategien armer Länder orientiert und deren Reformbemühungen mit gezielten Programmen unterstützt.

Quelle: <http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/archiv/1-12/entwicklungshilfe/>
(abgerufen am 22. Juni 2017)

Wirksame Unterstützung braucht Kontinuität

Man kann viel erreichen, wenn unterschiedliche Akteure an einem Strang ziehen, und sich jeweils mit ihren Stärken und Schwächen einbringen. Und wenn sie dabei bleiben, langfristige Partnerschaften entwickeln, Vertrauen zueinander aufzubauen.

Im Jahr 1982 besiegelten das Land Rheinland-Pfalz und die Republik Ruanda durch einen Briefwechsel zwischen den Regierungen die erste Partnerschaft zwischen einem Bundesland und einem afrikanischen Land. Grundgedanke war von Anfang an eine so genannte Graswurzelpartnerschaft, die dezentral und bürgernah organisiert ist. Die ruandischen Partner schlagen eigenverantwortlich die Projekte vor, die ihnen am dringlichsten und notwendigsten erscheinen, die rheinland-pfälzischen Partner bemühen sich dann darum, die finanzielle und materielle Unterstützung bereitzustellen. Ein wichtiges Element sind die Beziehungen zwischen rheinland-pfälzischen und ruandischen Kommunen. Heute unterhalten neben 49 Kommunen, 54 Vereine, Stiftungen und Organisationen, auch 15 Pfarreien sowie vier Hochschulen Beziehungen zu ruandischen Partnern.

Bisher flossen rund 72 Millionen Euro in die rund 1900 Projekte, ein Fünftel der Geldmittel haben die Bürgerinnen und Bürger durch Spenden aufgebracht. Internationalen Ruf hat sich die Partnerschaft nicht nur durch das einzigartige Engagement erworben, sondern auch dadurch, dass die Partnerschaft seit 1982 das achte Millenniumsentwicklungsziel, welches die Gründung internationaler Partnerschaften im Rahmen des Aktionsprogramms 2015 vorsieht, lebt.

Quelle: <http://rwa.rlp-ruanda.de/>
(abgerufen am 22. Mai 2017, modifiziert)

C. Skeptische Stimmen

Uran, Rohstoffe, Konflikt: Deutsche Militäreinsätze in Afrika als “Sicherheit” für Europa

Dirk Seifert, umweltFAIRaendern.de, 28.01.2014

Deutschland entdeckt seine Interessen in Afrika! Vordergründig geht es um humanitäre Hilfe und Anti-Terror-Kampf – und darum, dass die Zahl der Flüchtlinge, die aus Krisengebieten sich nach Europa auf den Weg machen, kontrolliert werden kann: Doch schon im zweiten Satz wird auch über die wirtschaftlichen Interessen gesprochen, die mit Militäreinsätzen verbunden sind: „Humanitäre Notsituationen, aber auch wirtschaftliche Interessen sind für die Verteidigungsministerin gute Gründe, um die Bundeswehr auf Mission zu schicken.“

Einen Schwerpunkt einer verstärkten Präsenz macht die Politikerin in Afrika aus, heißt es unter dem Titel „Boomendes Afrika ist eine Chance“ zu den jüngsten Äußerungen der Ministerin bei NTV: „Die Ministerin rechtfertigte ihre Forderungen nach mehr Einsätzen in Afrika mit europäischen Interessen. Afrika ist unser direkter Nachbar, an der Meerenge von Gibraltar liegen die Kontinente nur 14 Kilometer voneinander entfernt.“ Eine Destabilisierung Afrikas habe für Deutschland gravierende Folgen. Aber auch wirtschaftliche Interessen machte die Ministerin geltend. Viele Länder Afrikas stünden wirtschaftlich besser da als zuletzt. „Ein boomendes Afrika ist eine Chance, gerade für ein Land mit einer so starken Exportwirtschaft.“

Frankreich intensiviert seit einiger Zeit seine Militärpräsenz in seinen ehemaligen afrikanischen Kolonialgebieten. Anfang 2013 griff es in Mali mit Kampftruppen ein, vor wenigen Wochen folgte der Einsatz in Zentralafrika. Unmittelbar infolge des Einsatzes in Mali wurden Spezialeinheiten auch im benachbarten Niger in Stellung gebracht: Direkt bei den Uranminen des französischen Atomkonzerns AREVA. Ein deutlicher Hinweis, dass es um mehr als humanitäre Einsätze geht – da stehen entscheidende wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. [...]

Frankreich hatte jüngst vor allem von Deutschland gefordert, „mehr Verantwortung zu übernehmen“ [...]

Sahelien

Deutschland bereitet sich nun offenbar auf eine Unterstützung Frankreichs bei seinen Militäreinsätzen vor: „Die Bundesregierung scheint bereit, diesem Hilferuf zu folgen. Der Außenminister sagte der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, man dürfe Frankreich bei seinen Bemühungen in den afrikanischen Krisenstaaten nicht allein lassen,“ berichtet die Welt unter der Überschrift „Krieg statt Kitas“. Am 18. Januar hat die Süddeutsche erstmals über Militäreinsätze deutscher Truppen in Afrika berichtet.

„Die Forderung Frankreichs nach einem stärkeren militärischen Engagement Deutschlands in afrikanischen Krisenregionen wird wohl eines der Themen der Münchner Sicherheitskonferenz werden [...] Der Leiter der Konferenz, Wolfgang Ischinger, steht diesen Forderungen aufgeschlossen gegenüber, denn schließlich gehe es dort auch um Deutschlands Sicherheit, sagte Ischinger in Anlehnung an den Afghanistan-Einsatz der *Passauer Neuen Presse*. Dieser Blick nach Afrika sollte nicht nur für die Franzosen selbstverständlich sein. Deutschland sei heute das stärkste und leistungsfähigste Land der EU. Das bedeute Verantwortung, sagte Ischinger.“ (NTV). Weiter berichtet der Sender, die Erwartungen des Auslands an Deutschland seien ebenso gewachsen wie seine Bedeutung. Viele sprechen bereits von einem Nachholbedarf und „dass man Afrika nicht den Chinesen überlassen dürfe“, wie es der frühere deutsche Botschafter in den USA, Ischinger, ausdrückte. Deutschland sollte politisch, wirtschaftlich und, wo nötig, auch militärisch engagieren.

NTV berichtet in erstaunlicher Offenheit darüber, wie sich die Bundesrepublik auf den Kurs einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik bis hin zu verstärkten Kriegseinsätzen formiert und dabei wirtschaftliche Interessen immer offener benannt werden: „Mit diesem Vorstoß fängt Ischinger die Aussagen der Verteidigungsministerin und des Außenministers auf und bereitet sie für die Münchner Konferenz vor. Beide haben am Wochenende

gefordert, das wirtschaftliche und militärische Engagement Deutschlands in Krisengebieten auszuweiten. [...] Damit wird der Kontinent für die deutsche Außenpolitik immer wichtiger, und zwar nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen seiner reichen Bodenschätze. In Afrika geht es nach Ansicht der deutschen Spitzopolitiker auch um die Sorge vor verstärkter Zuwanderung und eine Ausbreitung von Extremismus in zusammenbrechenden Staaten.“

Immer wieder wird auch das Agieren von China als Grund zunehmender militärischer Präsenz in diversen afrikanischen Staaten genannt. Chinas Weg zu einer industriellen Weltmacht geht intensiv auch über die Absicherung von Rohstoffen. Seit mehr als einem Jahrzehnt ist China dabei, sich in vielen afrikanischen Staaten, Schürfrechte und Abbaugenehmigungen zu sichern. Gegenüber der

bisherigen Politik bieten die Chinesen dabei auch Infrastrukturentwicklung mit an: So baut China Verkehrswege, Schulen und Krankenhäuser aus. Da geht es zwar auch um eigene Interessen, aber sie bieten den afrikanischen Staaten damit eine Alternative zur den westlichen Staaten: Staaten wie z.B. der Niger versuchen daraus Kapital zu schlagen und ihren Anteil an der Rohstoff-Ausbeutung und bei Infrastrukturmaßnahmen zu verbessern. [...]

Dem Vorgehen Chinas in Afrika wollen sich nun Frankreich und Deutschland gemeinsam entgegenstellen. Das ist gut, um diese Strategie etwas populärer zu verkaufen: „Wenn sich Deutschland jetzt gemeinsam mit Frankreich zum Beispiel in Zentralafrika engagieren würde, könnte man hingegen von einer europäischen und nicht vor einer deutschen Rohstoffpolitik sprechen.“

Quelle: <http://umweltfairaendern.de/2014/01/uran-rohstoffe-konflikt-deutsche-militaereinsaetze-in-afrika-als-sicherheit-fuer-europa/> (abgerufen am 22. Mai 2017)

Frankreichs Rolle in Afrika: Ex-Kolonialmacht als Friedensstifter?

Süddeutsches Nachrichtenblatt, 25.4.2017, Daniel Rossié

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit, soll der Bundestag demnächst über eine Ausweitung des Einsatzes deutscher Truppen in Sahelien im Rahmen der EU-Mission EUMISA entscheiden. Die stärkere Präsenz deutscher Soldatinnen und Soldaten soll dazu beitragen, den Dschihadismus in der westafrikanischen Republik zu bekämpfen und unser Nachbarland Frankreich partnerschaftlich zu unterstützen und zu entlasten. Beide Ziele sind legitim und nachvollziehbar. Allerdings dürfen Friedens- und Sicherheitsüberlegungen nicht die strategischen Interessen der beteiligten Akteure verbergen.

Zunächst einmal lohnt der Hinweis, dass militärische Maßnahmen allein nicht ausreichen, die islamistischen Gruppen zu bekämpfen. Der Ausbau der Infrastruktur, die Unterstützung der lokalen Bevölkerung und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Sahelien sind nicht minder entscheidend. Denn islamistische Gruppen gewinnen auch dann an Macht, wenn die Bevölkerung keine anderen Perspektiven sieht.

Eine wichtige Frage ist aber auch, ob es wirklich europäische Truppen sein müssen, die in Sahelien für Sicherheit sorgen. Und welche Interessen diese verfolgen. Denn Frankreich, das den Einsatz initiiert hat, ist keineswegs ein neutraler Akteur. Der Einsatz in Sahelien kann nicht bewertet werden, ohne einen Blick auf die französische Afrikapolitik zu werfen.

Seit Ende der Kolonialzeit hat Frankreich enge Beziehungen zu den afrikanischen Staaten und deren Herrschern bewahrt. Kurz könnte die französische Afrika-Politik seitdem so zusammengefasst werden: Unterstützung der Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen Frankreichs in Afrika zu sichern. Zurück geht die sogenannte Françafrique-Politik auf Charles de Gaulle, der auch in post-kolonialen Zeiten den französischen Einfluss im rohstoffreichen Afrika aufrechterhalten wollte. Entstanden ist ein Netzwerk aus Beziehungen und Abhängigkeiten, das nur schwer zu durchschauen und mehr als zweifelhaft ist. Bekannt ist, dass sich französische Präsidenten nicht scheuten, umstrittene politische Regime und Staatsoberhäupter zu unterstützen. Zahlreich sind die Gerüchte über

französische Beteiligungen an Wahlfälschungen, Putsch(versuchen) oder militärischen Geheimoperationen. Im Jahr 2011 gab es Enthüllungen eines ehemaligen Regierungsbeauftragten, laut dem französische Staatsoberhäupter seit Jahrzehnten illegal Gelder von Herrschern in Afrika erhielten. Geld und Sicherung der Rohstoffquellen für Frankreich gegen Sicherheit und Straffreiheit für afrikanische Alleinherrscher'.

Schon mehrere Präsidenten kündigten eine Abkehr von der Françafrique-Politik an. Bisher fand jedoch kein klares Umdenken statt. Frankreichs Afrikapolitik bleibt geprägt von einer postkolonialen Haltung, die die eigenständige Entwicklung der afrikanischen Gesellschaften behindert.

Auch in Westafrika zeigt sich die starke Präsenz französische Militärs und Milliardäre. Ein großer Teil des französischen Uran-Bedarfs kommt z.B. aus Niger, eines der drei ärmsten Länder der Welt. Im Oktober 2014 wurde der Präsident von Burkina Faso nach fast 20 Jahren an der Macht von der Bevölkerung gestützt. Französische Elitetruppen brachten den Autokraten damals ins Nachbarland Elfenbeinküste.

Selbstverständlich stellt der islamistische Terrorismus in Afrika eine Gefahr auch für Europa dar, die insbesondere Frankreich nach den Anschlägen von Paris Sorgen bereiten muss. Dabei darf man aber nicht die sonstigen politischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs übersehen. Westafrika ist reich an geostrategischen Ressourcen wie Öl, Gas, Gold und Uran. Eine Destabilisierung der Region hätte für Frankreich Folgen, die über ein reines Sicherheitsinteresse hinausgehen.

Dies sollten unsere Politikerinnen und Politiker beachten, wenn sie Truppen nach Sahelien entsenden. Die Aufgabe der deutschen Bundeswehr mag es sein, Frieden - auch auf dem afrikanischen Kontinent - zu sichern. Ihre Aufgabe ist es nicht, neokoloniale Machtstrukturen zu stärken. Diese dienen übrigens ausgerechnet den Dschihadisten als Argument für ihre Ausweitung - denn die islamistischen Gruppen inszenieren sich gern als antikoloniale Befreiungsbewegung.

Entwicklungshilfe: Milliarden blockieren die Entwicklung

Johannes Michael Nebe, Politikwissenschaftler, Universität Trier
greenpeace magazin 1.12

„Wer Afrika helfen will, darf kein Geld geben.“ Diese radikale Kritik an der praktizierten Entwicklungshilfe erschallt aus Afrika. Immer lautstärker machen gut ausgebildete, renommierte Leute wie der kenianische Ökonom James Shikwati oder die sambische Finanzexpertin Dambisa Moyo die Hilfe des Westens für Entmündigung, Lähmung und Stillstand verantwortlich. Tatsächlich belegen die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, dass die Entwicklungshilfe weniger Segen als Schaden gebracht hat. Pop-Größen wie Bob Geldof oder Bono lassen sich noch immer von dem Wunschdenken leiten, dass mit Geld in Afrika alles zu erreichen ist. Das Gegenteil ist der Fall: Mehr Milliarden bringen nicht mehr Entwicklung.

In den letzten Jahrzehnten hat sich eine regelrechte „Entwicklungshilfe-Industrie“ in Milliardenhöhe herausgebildet, die neue Abhängigkeiten schafft. Da die meisten Entwicklungshilfegelder gratis vergeben werden, brauchen die Beschenkten nichts selbst in die Hand zu nehmen. Eigeninitiative und auch staatliche Innovationsfreudigkeit verkümmern. Die weit verbreitete Korruption in Afrika macht eine nachhaltige Entwicklungshilfe nahezu unmöglich, weil die Eliten einen Großteil der Hilfsgelder abzweigen. Millionenschwere Gastgeschenke verstärken und zementieren die Korruption. Denn in den meisten afrikanischen Staaten mangelt es an einem gerechten Steuersystem, einem starken Parlament, einer Rechenschaftspflicht der Regierungen und an einer unabhängigen Gerichtsbarkeit. Solange die Gelder zum Teil ohne jegliche Auflagen und Selbstverpflichtungen gegeben werden, kann von der immer wieder beschworenen „Entwicklungszusammenarbeit“ oder gar „Partnerschaft auf Augenhöhe“ keine Rede sein.

Erschwerend kommt hinzu, dass auch die internationalen Nichtregierungsorganisationen, die sich auf dem Feld der Armutsbekämpfung tummeln, für Korruption anfällig sind. Abgestimmte Programme gibt es so gut wie nicht. Jede Orga-

nisation wurstelt für sich und verschwindet meist auch wieder, ohne nachhaltige Spuren ihrer Arbeit in den jeweiligen Gebieten zu hinterlassen. Entwicklungshilfe-Experten setzen sich viel zu wenig mit den besonderen Sozialstrukturen und der ethnischen Situation in einem afrikanischen Vielvölkerstaat und mit deren unterschiedlichen Kulturen und Traditionen auseinander, um eine sinnvolle Entwicklungsstrategie zu erarbeiten.

Zwar steht die humanitäre Nothilfe für Menschen, die von Dürre, Flut oder Erdbeben betroffen sind, außerhalb jeder Diskussion. Aber auch Hungerkatastrophen sind ein Geschäft. Die aus Überschüssen gespeisten kostenlosen Nahrungsmitteltransporte zerstören langfristig die lokalen Märkte in Afrika und untergraben notwendige Vorsorgemaßnahmen wie Vorratshaltung.

Wenn die Industrienationen ernsthaft die Armut bekämpfen und dem Kontinent Zukunftsperspektiven bieten wollen, müssen sie aufhören, die korrupte, überalteierte „Nilpferd-Generation“ zu unterstützen, die nur an der Machterhaltung interessiert ist. Projektpartner müssen künftig aus der „Geparden-Generation“ kommen, das sind engagierte, gut ausgebildete, meist junge Leute, die einen anderen Politikstil favorisieren und Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen wollen. Sie sind zumeist in zivilgesellschaftlichen Organisationen zu finden, die sich um Frieden und Entwicklung kümmern. Zusammen mit nachhaltigen und überschaubaren Initiativen der Zivilgesellschaft ließe sich die vielbeschworene „Hilfe zur Selbsthilfe“ umsetzen. So verstandene Entwicklungszusammenarbeit würde es den Menschen in Afrika ermöglichen, ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips eigenverantwortlich zu handeln. Damit würden wir nicht nur die Leistungsfähigkeit der Partner voll ausschöpfen, sondern auch endlich unseren entwicklungs-hemmenden „Bemutterungskomplex“ gegenüber Afrika ablegen.

Stabilität durch Entwicklung und Demokratie: Eine neue Afrikapolitik für Deutschland und Europa

Von Dr. Tilman Altenburg, Dr. Christine Hackenesch und Dr. Stephan Klingebiel (gekürzt)

Die Fragen nach den Perspektiven Afrikas und der »richtigen« Afrikapolitik stehen in Europa plötzlich weit oben auf der politischen Agenda; denn erst jetzt tritt in aller Deutlichkeit zutage, wie sehr Europas Wohlergehen von einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika abhängt. Da sind zum einen von Europäern als bedrohlich empfundene Entwicklungen, allen voran der enorme Migrations- und Flüchtlingsdruck auf die wohlhabenderen Länder der Europäischen Union und die zunehmende Instabilität vieler Staaten, in denen sich zum Teil radikale Bewegungen mit hohem Gewaltpotenzial organisieren. (...)

Zum anderen sind die Volkswirtschaften der Region in den letzten 15 Jahren einigermaßen stabil gewachsen. Dieses Wachstum folgt bislang einem sozial exklusiven Muster, sodass Flucht und Migration nicht eingedämmt werden. Es hat aber ein neues Interesse der europäischen Wirtschaft an Partnerschaften mit der Region geweckt. Für Unternehmen wird Afrika interessanter sowohl als Absatzmarkt als auch als Rohstoffquelle. China ist inzwischen zum zweitgrößten Handelspartner Afrikas geworden (nach der EU insgesamt und vor den USA) und hat enge Beziehungen zu vielen afrikanischen Regierungsparteien aufgebaut. Daher sind europäische Wirtschaft und Politik besorgt, dass China zu viel Einfluss gewinnt und sich die Region stärker an chinesischen als an europäischen ordnungspolitischen Leitbildern orientieren könnte. (...)

Was fehlt, sind klare Programme, wie solche Potenziale in Wert gesetzt werden können. Diese würden strukturpolitische Initiativen erfordern, um die für jedes Land spezifischen Chancen zu identifizieren und entsprechende vorwettbewerbliche Investitionen, zum Beispiel in Ausbildung, Unternehmensgründungen, Infrastruktur und Vernetzung, zu tätigen. Deutschland und Europa könnten sich massiv dafür einsetzen, Kompetenzen und politische Unterstützung für eine beschäftigungsintensive ökologisch-soziale Marktwirtschaft zu schaffen. (...)

Coaching afrikanischer Start-ups

Die unverzichtbare zweite Säule der Stabilisierung und Entwicklung ist die Demokratisierung. Demokratische Werte werden auch in Afrika weitgehend geteilt. Umfragen des Afrobarometer zeigen, dass sich mehr als zwei Drittel der Sahelien

afrikanischen Bürger (71 Prozent) mehr Demokratie in ihren Ländern wünschen, gerade auch in autoritären politischen Kontexten. Zudem gibt es gute sicherheitspolitische und auch wirtschaftliche Gründe, demokratische Regierungsführung in Afrika zu fördern. Studien zeigen, dass Demokratien mehr Fortschritte in der Armutsrreduzierung machen und mehr öffentliche Güter bereitstellen als nicht demokratische Regime mit gleichem Entwicklungsgrad. Es gibt einen breiten Konsens in der Wissenschaft, dass Demokratien bessere Ergebnisse in der Vorbeugung von Hungersnöten erzielen. Kindersterblichkeit ist in Demokratien nachweislich geringer und nimmt ab, je länger ein Land demokratisch verfasst ist. (...)

Zwei Drittel der afrikanischen Bürger wünschen sich mehr Demokratie

Gemeinwohlorientierte Politik ist nur dann zu erwarten, wenn Regierungen rechenschaftspflichtig sind und sich dem demokratischen Wettbewerb stellen müssen. (...) Der Grad politischer und bürgerlicher Freiheiten in Afrika ist seit 2005 tendenziell rückläufig. In einer Reihe von Ländern haben kritische Medien- und NGO-Gesetze die Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft, Medien und Opposition weiter eingeschränkt. Diskussionen zum »dritten Mandat«, das heißt zu Verfassungsänderungen, um den regierenden Präsidenten weitere Amtszeiten zu ermöglichen, stellen demokratische Institutionen in Frage. Gleichzeitig gibt es eine Reihe positiver Entwicklungen. Soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten haben in vielen Ländern zugenommen; in einigen Ländern findet rund um Großprojekte im Energie-, Infrastruktur- oder landwirtschaftlichen Sektor soziale Mobilisierung statt. In einigen Ländern wie Mauritius haben sich demokratische Strukturen gefestigt. (...)

Derzeit scheinen sich jedoch die Prioritäten der deutschen und europäischen Afrikapolitik zu verschieben. Vor dem Hintergrund wachsender Instabilität und steigender Flüchtlingszahlen rücken Stabilisierung und Sicherheit in den Vordergrund – oft auf Kosten der Demokratieförderung. In den Migrationspartnerschaften setzen Deutschland und die EU finanzielle Anreize zur Rückführung von Flüchtlingen und Reduzierung von Flüchtlings- und Migrations-

zahlen, die zum Teil zugleich Regime mit erheblichen Demokratiedefiziten stabilisieren und bisherige politische Konditionalitäten aufweichen. Zum anderen steigt vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte mit terroristischen Gruppen wie Boko Haram und al-Schabaab die Bereitschaft, die Sicherheitskräfte autokratischer Regime zu unterstützen. Solche »Stabilität vor Entwicklung«-Strategien sind sehr riskant. Sie haben in der Vergangenheit (etwa in Ägypten) entwicklungsfeindliche Eliten vorübergehend stabilisiert, die politischen Konflikte aber letztlich verschärft und die Legitimität europäischer Politik untergraben. Gerade in Ländern, in denen die Bundesregierung oder die EU Migrationspartnerschaften abschließen und/oder zusätzliche Gelder zur Stärkung der Sicherheitskräfte bereitstellen, sollten sich die Geber parallel umso mehr dafür einsetzen, dass demokratische Strukturen und Menschenrechte gefördert werden.

Ohne Europa kein signifikanter Einfluss

(...) In der Entwicklungszusammenarbeit haben die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten in den letzten rund zehn bis 15 Jahren bereits vielfältige gemeinsame Lösungen entwickelt, um kleinteilige und nicht abgesprochene Vorgehensweisen zu überwinden. Dies gilt beispielsweise für die »gemeinsame Programmierung« (der Kooperationspakete der EU-Akteure mit afrikanischen Partnerländern) und die Vereinbarungen über Arbeitsteilung zwischen EU-Akteuren und die Delegation von Aufgaben eines Mitgliedstaates an ein anderes Mitgliedsland. Gleichwohl sind diese technisch oft ausgefeilten Ansätze meist nur begrenzt hilfreich, solange bei den Nationalstaaten der politische Wille fehlt, mehr Kompetenzen in der Kooperation auf die europäische Ebene zu übertragen.

Deutschland sollte daher noch proaktiver gemeinsame europäische Ansätze gegenüber afrikanischen Partnern fördern und von anderen EU-Mitgliedstaaten einfordern. Dies gilt für jedes einzelne Politikfeld einschließlich der Entwicklungspolitik. Noch wichtiger ist die europäische Koordinierung jedoch bei politikfeldübergreifenden Strategien. Hierbei kann die EU durchaus auf einige positive Beispiele verweisen. So ist die »Globale Strategie für die

Außen- und Sicherheitspolitik«, die die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Repräsentantin, Federica Mogherini, den EU-Staats- und Regierungschefs im Juni 2016 vorgelegt hat, ein Beleg dafür, dass auch langfristige Überlegungen zur globalen Nachhaltigkeit Einzug gehalten haben in außen- und sicherheitspolitische Diskurse der EU. (...)

Bislang ist die Kooperation deutscher Akteure stärker durch ein »Nebeneinanderher« als durch ein »Miteinander« geprägt. Deutsche Ressorts sind mit ihren Förderansätzen kaum aufeinander abgestimmt. Vorhaben etwa des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Umweltministeriums und des Auswärtigen Amts werden mit Partnerländern nicht gemeinsam erörtert, sondern stehen oft unverbunden nebeneinander. Weitere Akteure wie etwa die Bundesländer kommen teilweise hinzu; dadurch werden nur schwerlich relevante, aufeinander abgestimmte Strategien geplant und umgesetzt. Dies schmälert den Nutzen der bereitgestellten Ressourcen, schafft aber zugleich vor allem bei den afrikanischen Partnern hohe Transaktionskosten in der Kooperation mit einer Vielzahl von Akteuren. Die Anreize der Ressorts sind eher auf eigene Sichtbarkeit als auf verschränktes Handeln gerichtet. (...)

Erfolge nicht über Nacht zu erwarten

Nur wenn Deutschland und Europa ihre Kooperation im oben beschriebenen Sinne strategischer ausrichten und besser koordinieren, kann signifikanter Einfluss auf afrikanische Entwicklungen genommen werden. Allerdings sollten die Erwartungen nicht überzogen werden. Externe Akteure können immer nur begrenzt Einfluss nehmen. Wie sich die Länder Afrikas entwickeln, hängt in allererster Linie von der nationalen Politik des jeweiligen Landes ab. Wichtig sind daher die Unterstützung nationaler ownership und die Einbettung unterstützender Maßnahmen in nationale und regionale Programme wie beispielsweise die »Agenda 2063«. Auch dann sind Erfolge nicht über Nacht zu erwarten. Die gesellschaftliche Verankerung demokratischer Institutionen oder die Etablierung inklusiver Wirtschaftssysteme sind strukturelle Veränderungen, die sich kaum innerhalb einer Generation realisieren lassen.

Quelle: <http://www.deutschlands-verantwortung.de/beitraege/stabilit%C3%A4t-durch-entwicklung-und-demokratie-eine-neue-afrika-politik-f%C3%BCr-deutschland-und-europa> (abgerufen am 22. Mai 2017)

D. Reportagen und Hintergründe

Sahelien: Sicherheitslage verschlechtert sich

Berliner Post, 18.4.2017, Melanie Sommer

Mehr als eine halbe Million Menschen flohen 2012/2013 als Kriegsflüchtlinge aus dem Norden Malis in die Nachbarländer oder den Süden des Landes. Die Kämpfe zwischen der sahelischen Armee und radikalen Islamisten hatten zu massiven Flüchtlingswellen und einer Verschlechterung der humanitären Lage geführt. Viele sahelische Flüchtlinge hoffen seitdem auf Rückkehr.

Die Sicherheitslage im Norden des Landes ist jedoch weiterhin labil. Der Wiederaufbau verläuft schleppend, immer wieder

kommt es zu Terroranschlägen, die Gewaltkriminalität nimmt zu. Auch die Ernährungslage gilt in weiten Teilen des Landes als ungenügend. Die Lebensmittelpreise sind dramatisch gestiegen. Laut dem Hilfswerk der Vereinten Nationen sind 1,5 Millionen Menschen in Sahelien von einer unsicheren Ernährungslage betroffen. In diesem Zusammenhang stellt eine Rückkehr für die geflüchtete Landbevölkerung weiterhin eine Gefahr dar, eine tatsächliche Entspannung der Lage ist derzeit nicht in Sicht.

Informationen der Deutschen Botschaft in Berberien

Berberien - Außenpolitik

Berberien blickt mit Stolz auf seinen 30-jährigen Demokratisierungsprozess. Seit Ende der Militärdiktatur 1987 wurden bereits sieben als frei und transparent anerkannte Wahlen durchgeführt, Grundrechte wie die Presse- und Meinungsfreiheit sind in Berberien fest verankert. Im afrikanischen Vergleich zeichnet sich Berberien durch politische Stabilität und ein hohes Maß an Liberalität aus.

Berberien betreibt eine aktive Außenpolitik und verfügt über ein enges Netzwerk an diplomatischen Beziehungen. Die regionale Kooperation stellt einen Schwerpunkt der berberischen Außenpolitik dar. Das Land sieht sich selbst als Stabilitätsanker in Westafrika und hat gegenüber den Nachbarländern einen ausgleichenden Einfluss. Die berberische Regierung betreibt seit vielen Jahren eine Politik, die auf gute Nachbarschaft und regionale Integration setzt. Aus diesem Grund ist Berberien auch ein besonders aktives Mitglied in der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS).

Auch zur Europäischen Union (EU) pflegt das Land enge Beziehungen. Berberien hat großes Interesse an der Umsetzung des "Economic Partnership Agreement" (EPA) zwischen der EU und der ECOWAS, mit dem die Mitgliedstaaten privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt erlangen und der westafrikanische Markt teilweise für europäische Exporte geöffnet würde. Zwischen Berberien und der EU bzw. einzelnen Mitgliedstaaten der EU besteht eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit. In zahlreichen Programmen und Projekten findet ein intensiver Austausch und Abstimmung statt.

Vor Ort in Sahelien: Eine Hauptstadt unter Druck, verlassene Dörfer im Westen und eine Landbevölkerung in Angst

Berliner Prisma, 01. Februar 2017, von Sarah Lieberknecht

Nachdem die Kontrolle über das gesamte Hoheitsgebiet wiederhergestellt ist, ist der Weg in die westlichen Landesteile Saheliens auch für Journalisten wieder möglich. Ich schließe mich einer Delegation von Ärzte ohne Grenzen an, die auf dem Weg ist in die Provinzhauptstadt Maradir, um Unterstützung im örtlichen Krankenhaus zu leisten. Radikale Islamisten hatten hier Ende 2011 eine Schreckensherrschaft errichtet und die Unabhängigkeit erklärt - Frauen mussten sich tief verschleiern, Alkohol, Musik und Zigaretten waren als angebliche Symbole des ungläubigen Westens verboten. Erst mit der Unterstützung Frankreichs konnten die sahelischen Gruppen 2015 auch die westlichen Landesteile wieder komplett zurückerobern.

Die Vereinten Nationen warnen jedoch weiterhin vor einer humanitären Katastrophe im Binnenland Sahelien – im Westen aber vor allem auch in den Grenzgebieten zu den Nachbarländern, in die viele nicht-muslimische Sahelier flüchteten. Zehntausende Vertriebene sind bedroht von Krankheiten, Hunger und dem Hass zwischen den Bevölkerungsgruppen. In der Sahelzone, die erst vor 4 Jahren eine schreckliche Dürreperiode und Hungersnot erlebte, hatten sich die Menschen gerade marginal von der Krise erholt, als der Terror anfing und die Lebensmittelsituation sich erneut verschlimmerte.

Auch in der Hauptstadt Bouroum sind die Auswirkungen spürbar. Nicht-muslimische Minderheiten aus den westlichen Landesteilen, campieren in einem Lager in der Nähe des von französischen Soldaten kontrollierten Flughafens. Tausende Muslime verschanzen sich in ihren Vierteln, nicht zuletzt aus Angst vor gegen sie gerichtete Rachetaten.

Gemeinsam mit den Ärzten ohne Grenzen- mache ich mich aus der Hauptstadt auf in Richtung der westlichen Provinzen. Je näher wir gen Westen kommen, desto mehr ähneln die Straßen verlassenen Geisterstrassen. Nur wenige Autos kommen uns noch entgegen, bald sind die ersten verbrannten und geplünderten Hütten zu sehen.

Das 9,47 Mio. Einwohner zählende Sahelien ist an Krisensituationen durchaus gewöhnt. Neben Hungersnöten, war auch die politische Lage über Jahrzehnte hinweg geprägt von Gewalt herrschaft und Totalitarismus. Selbst nach der Absetzung der seit der Unabhängigkeit herrschenden Einparteienregierung von „Hoheit“ Abasso im Jahre 1987 durch einen Militärputsch, verließ der Prozess hin zu einem demokratischen Mehrparteiensystem schleppend. Der Konflikt im Westteil des Landes erinnert allerdings an düsterste Zeiten zurück. Viele Dörfer sind quasi ausgestorben. Die Einwohner flüchteten in angrenzende Länder oder in den Busch.

Unter den Auseinandersetzungen leidet vor allem die Landbevölkerung, die auch zu Friedenszeiten schon zu den ärmsten der Welt zählte. Tausende befinden sich auch weiterhin, selbst nach Wiederherstellung der Kontrolle der sahelischen Regierung über das den Westen, in akuter Lebensgefahr, warnt die Uno-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay. Unter der Massenflucht leidet aber auch die Wirtschaft.

Angekommen in der Provinzhauptstadt wird die Dringlichkeit von Unterstützung deutlich. Das Krankenhaus ist das einzige in Betrieb in der gesamten Umgebung. Die Vereinten Nationen haben bisher erst 30 Prozent der versprochenen 400 Millionen Dollar generiert. Auch die Verstärkung und Unterstützung der sahelischen und französischen Truppen lässt auf sich warten. Schnell wird mir klar, wie wichtig die Unterstützung ausländischer Truppen bei der Ausbildung der sahelischen Streitkräfte und Polizei ist. Die Armee ist ein Spiegelbild des Landes, das auch über 50 Jahre nach Staatsgründung um nationalen Zusammenhalt kämpft. Viele Soldaten fühlen sich stärker ihren jeweiligen Clans als dem Staat verpflichtet. Frisch eingekleidete Soldaten auf Pickups fahren zwar durch die Straßen von Maradir, in ihrem Hauptquartier sieht man sie schon früh morgens beim Saufen. Die Angst im Westen Saheliens ist groß, dass es nach Abzug der Franzosen wieder zu Gewaltexzessen kommen wird, weil die Islamisten zurückkehren und Rache nehmen.

In Sahelien leiden Mädchen und Frauen am meisten

Bundesfunk, ein Bericht von Maria Jönsson, gesendet am 25. April 2017

Nachdem islamistische Rebellen im Westen Saheliens die Gewalt an sich rissen, verkündeten deren Anführer die Einführung der Scharia. Frauen mussten sich verschleiern – ein bisher bei muslimischen Frauen in Sahelien nicht weit verbreitetes Brauchtum. Sie durften nicht mehr in Begleitung von Männern gesehen werden, auch nicht in Begleitung ihrer Brüder. Da den Frauen das arbeiten untersagt wurde, wirkte sich dies schnell auf den Handel und die Nahrungsmittelversorgung der lokalen Bevölkerung aus. Traditionell sind viele sahelische Frauen im Westen als Marktfrauen tätig und sichern auch im Rahmen der Viehzucht und Subsistenzwirtschaft das Überleben der Familie. Nicht nur die weibliche Bevölkerung war jedoch betroffen, auch die männliche musste sich unter Androhung drakonischer Strafen immer mehr Regeln beugen: Das Tanzen wurde verboten. Die Musik. Der Fußball. Prachtvolle Gewänder und vieles mehr.

In der Provinzhauptstadt Maradir wurden die sahelischen und französischen Truppen jubelnd empfangen. Über ein Jahr hatte die Bevölkerung die Herrschaft der Islamisten erdulden müssen. Zuerst verteilten sie zwar Nahrungsmittel an die Bevölkerung, um sich gut zu stellen, die Situation veränderte sich allerdings binnen weniger Wochen. Die Strafen wurden immer strenger vollzogen. Es gibt sogar Berichte von Steinigungen, auch dass Dieben eine Hand abgehackt wurde erzählen die Einheimischen.

"Für die Mädchen und Frauen war die Scharia eine Katastrophe", erklärt der Bürgermeister von Maradir. Frauen die sich sonst in der Öffentlichkeit frei bewegen konnten, mussten zuhause bleiben. Frauen wurden mit bis zu fünf Männern verheiratet, von denen jeder nur einen kleinen Teil des Brautpreises bezahlen musste. Dies stellt nicht nur eine Zwangsheirat sondern auch eine Gruppenvergewaltigung dar. Auch die in Sahelien teilweise verbreitete Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung wurde stärker denn je praktiziert. Die Rebellen schlossen flächendeckend Schulen, nur die Koranschulen sollten besucht werden. Den Mädchen wurde der Schulbesuch gänzlich verboten.

Am schlimmsten ist die Korruption

Jens Buschinowski, Norddeutsche Zeitung, 23. März 2017

„Am schlimmsten ist die Korruption,“ das ist die einhellige Meinung vieler Sahelien. Tragisches Beispiel für korrupte Verhaltensweise und kleine – wie nötige – Nebenverdienste aus illegalen Geschäften kommt aus dem aktuellen Konflikt im Osten des Landes. Viele Soldaten der sahelischen Armee, die aktuell eingesetzt werden, um die Konfliktregion zu befrieden, haben die Islamischen Rebellen-Kämpfer selbst mit Waffen ausgestattet. Da die Löhne der Soldaten so niedrig sind und nicht ausreichen, um die Familien zu ernähren, haben diese Teile Ihrer Munition an die Rebellen verkauft. Diese wussten damals noch nicht, dass die Munition bald gegen sie verwendet werden würde.

Die niedrige Entlohnung beim Militär, bei der Polizei sowie in den meisten anderen Sektoren ist ein schwerwiegendes Problem, das die Korruption im Land fördert. Sahelien liegt auf dem Korruptionsindex von Transparency International im Jahr 2016 auf Platz 152 von 175. Korruption ist allgegenwärtig und einer der Haupthinderungsgründe für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes. Beim Human Development Index liegt Sahelien weltweit auf Rang 175. Das heißt konkret: Nur jeder Vierte Sahelier kann lesen, nicht einmal 700 Euro beträgt die jährliche Wirtschaftsleistung eines Einwohners, fast ein Fünftel der Kinder stirbt vor dem sechsten Geburtstag, die Lebenserwartung liegt bei wenig mehr als 51 Jahren.

Obwohl die Regierung mit der Hilfe Frankreichs die von den Rebellen kontrollierten Gebiete zurückerobern konnte und ihre Macht so wieder hergestellt ist, sollten so schnell wie möglich Neuwahlen stattfinden. Denn vor allem die alten Eliten sind verantwortlich für die überbordende Korruption. Sie leben in Protz und Prunk hinter hohen bewachten Mauern in der Hauptstadt, während die Bevölkerung am Stadtrand und in den ländlichen Gebieten die täglichen Lebenshaltungskosten für die Familie nicht aufbringen kann. In den vergangenen Jahren wurden auch große Summen an Entwicklungsgelder veruntreut - unter anderem gezahlt von Deutschland.

Das Geld versickerte in Ministerien und bei korrumpten Beamten. Geschätzte 140 Millionen Euro verschwanden alleine zwischen 2010 und 2015 durch Unterschlagung aus dem Staatsbudget. Hier wird das Versagen staatlicher Strukturen in Sahelien deutlich.

Dabei wird eine der wichtigsten kommenden Aufgaben der sahelischen Regierung sein, den Menschen wirtschaftliche Alternativen für fundamentalistische Religion zu bieten und ebenso den Rückgriff auf korrupte Praktiken verzichtbar zu machen. Denn nicht zuletzt die wirtschaftliche Not der Bevölkerung im Osten des Landes machte diese empfänglich für die Angebote der Islamisten. Denn diese köderten die Gemeinschaften mit finanzieller Hilfe sowie mit Lebensmitteln. Die Regierung muss endlich den Ursprung und nicht die Symptome der Armut im Land bekämpfen. Zusätzlich muss die Regierung versuchen während des Konflikts entstandene anti-muslimische Haltungen bestimmter Bevölkerungsgruppen wieder abzumildern und für einen Versöhnungsprozess zwischen den Ethnien und Religionen zu sorgen.

Eine wichtige Grundlage für die Stabilität des Landes ist die Entwicklung der Industrie. Neben der Diversifizierung der Wirtschaft, müssen die wichtigsten Exportgüter Saheliens – Gold und Salz – effektiv genutzt werden. Der Rohstoffsektor muss ausgebaut werden, vor allem mit der Goldförderung kann Mali Gewinne erzielen, die für den weiteren Aufbau des Landes unverzichtbar sind. Allerdings braucht es dazu faire Verträge mit ausländischen Bergbaufirmen. Auch faire Handelsbedingungen würden zu einer Wirtschaftsförderung in Mali maßgeblich beitragen. Hier ist die Europäische Union gefragt ihre Außenpolitik möglicherweise zu überdenken. Der freie Zugang zu Industriemärkten könnte für das westafrikanische Land sehr viel mehr bringen als Milliarden an Entwicklungshilfe, denn sonst ist Sahelien mit seinen Produkten nicht konkurrenzfähig – vor allem im Vergleich zu Produzenten aus Asien.